

Bezugspreis:
Monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M.,
frei ins Haus gestellt, od. in der Geschäftsstelle
u. bei der Post abgeholt. Durch den Zeit-
träger bestellt 14 Pfg. bezw. 42 Pfg. mehr.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan,
Kassabuch, Landkarte.
Zusatzpreis: Anschlag Nr. 8.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Naßauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Sieber. Rotationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.: J. Pöcher, Director, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die siebenstellige Seite oder deren Raum
20 Pfg. Bei Stellungswechseln und kleinen
Anzeigen ist die erste Aufnahme umsonst.
Kleinanzeigen 60 Pfg.
Anzeigen-Aufnahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vortage.
Nachschub nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Diezerstraße 17.
Postfach 12382 Frankfurt.

Nr. 233.

Limburg a. d. Lahn, Montag, den 7. Oktober 1918.

49. Jahrgang.

Friedensangebot der Zentralmächte an Wilson.

Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden.

Fortdauer der Abwehrkämpfe an der Westfront.

Deutscher Tagesbericht.

W. Großes Hauptquartier, 6. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und vor Cambrai ruhiger Tag. Keine Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe von Boehn.

Wir haben in vorletzter Nacht den zwischen Crevecoeur u. Beaurevoir an dem Kanal in Linie Pontaux le Chatelet vorspringenden Stellungsbogen auf und nahmen die dort stehenden Truppen rückwärtige Stellungen zurück. Engländer und Franzosen setzten ihre Angriffe zwischen le Chatelet und St. Quentin fort. Beaurevoir und Montbrehain blieben in ihrer Hand. An der übrigen Front sind ihre Angriffe vor unseren Linien gescheitert. In den Kämpfen bei Beaurevoir zeichnete sich das Inf.-Regt. 56 unter seinem Kommandeur Major v. Löbbecke besonders aus.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erneute Angriffe der Franzosen und Italiener am Chemins des Dames wurden abgewiesen. In Fortsetzung der am 3. Oktober begonnenen Bewegungen östlich von Reims und beiderseits der Snippe haben wir in vorletzter Nacht auch unsere Stellungen am Brimont und Verront geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind folgte im Laufe des Tages. Wir standen am Abend mit ihm an der Snippe und beiderseits der Straße Reims-Neuchâtel, bei Lavannes-Epoye-Bont Faverger u. an der Aisne in Berührung.

Zwischen der von Lensy nach Norden führenden Straße und östlich von Verront griffen die Franzosen und Amerikaner mit starken Kräften an. Wir haben nach schweren Kämpfen unsere Stellungen restlos behauptet. Das westliche Inf.-Regt. 55 und das westpreussische Inf.-Regt. 149 zeichneten sich hierbei besonders aus. Die 199. Inf.-Division schlug den in 15 Wellen tief gegen die Verrontgräben anstürmenden Feind mehrfach zurück. Leutnant Marksdorf mit Kompanie des Inf.-Regt. 357 hat an der Abwehr des Feindes besonderen Anteil. Der Feind erlitt hier schwere Verluste. Teilausrüstung

einen feindlichen Seestreitkräfte gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Stand zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage euch Meinen und des Vaterlandes Dank.

Witten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front.

Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin.

Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen, wie bisher, alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir fühlen uns, im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe, stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

Der Kaiser und Hindenburg.

W. Berlin, 5. Okt. (Amtlich.) Der Kaiser empfing gestern Vormittag den Generalstabsoberbefehlshaber v. Hindenburg und hörte den Generalstabsvortrag.

Neue feindliche Angriffe abgewiesen.

Deutscher Abendbericht.

W. Berlin, 5. Okt., abends. (Amtlich.) Nördlich von St. Quentin und in der Champagne wurden sämtliche feindliche Angriffe abgewiesen. Ebenso ist zwischen den Argonnen und der Maas der mit starken Kräften fortgesetzte Ansturm der Amerikaner gescheitert.

des Gegners am Westrand: der Argonnen scheiterten.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine starken Angriffe fort. Östlich von Exermont gelang es ihm bis auf die Waldhöhe etwa 1 Kilometer nördlich des Ortes vorzustoßen. Hier sind in den Nachtstunden erneut vorgetragene Angriffe gescheitert. Beiderseits der von Charpenay auf Romagne führenden Straße brach der Angriff bei und vor den Linien elsass-lothringischer u. westfälischer Regimenter völlig zusammen. Weiter östlich drang der Feind in den Pays-Bas ein. Im übrigen wurde er abgewiesen.

Wir schossen 37 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab.

Außerdem wurden von einem im Angriffslage auf die Pfalz befindlichen Geschwader 5 Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen.

Südöstl. Kriegsschauplatz:

Unsere bisher im Rahmen des bulgarischen Heeres kämpfenden Truppen wurden herausgelöst und sind im Rückmarsch in ihre Versammlungsräume. Sie haben den an sie gestellten hohen Anforderungen voll entsprochen und Hervorragendes geleistet.

Ästlicher Kriegsschauplatz:

Die in Palästina an der Seite unserer treuen türkischen Bundesgenossen kämpfenden deutschen Bataillone mußten im Verein mit den schwachen türkischen Kräften erdrückender feindlicher Übermacht weichen und sind im Rückmarsch über Damaskus in nördlicher Richtung.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.



Die Tat allein
Beweist der Liebe Kraft.
Du liebst Dein Land?
Ganze.
Bring' ihm Dein Geld!

Darum zeichne!

Neue Landboot-Resultate:

23 000 B.-R.-E.

W. Berlin, 4. Okt. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 23, Bruttoregistertonnen.

Darunter 2 Landkämpfer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Wiener Tagesbericht.

W. Wien, 5. Okt. (Amtlich.) wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der venetianischen Gebirgsfront lebten die Kämpfe beträchtlich auf. Südlich von Asiago u. auf dem Monte Peliccia drangen feindliche Abteilungen in unsere vordersten Linien ein. Sie wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. Nördlich des Monte Vertice entziffen wir den Italienern zur Verbesserung unserer dortigen Kampflage die Berggipfel. Teile des bodunisch-herzegowinischen Infanterie-Regiments 5 nahmen die italienischen Verteidigungsanlagen in erbitterten Kämpfen und schlugen in den eroberten Gräben drei starke Gegenangriffe zurück. Reicht schweren blutigen Opfern büßte der Feind sechs Offiziere und 170 Mann als Gefangene ein. Es wurden 18 Maschinengewehre und zahlreiches Kriegsgüter erbeutet. In gleicher Zeit holten unsere Patrouillen aus den feindlichen Stellungen auf dem Col del Orso Gefangene heraus.

Albanischer Kriegsschauplatz.

In Albanien keine größere Kampfhandlungen. Bei Draniz liegen serbische Abteilungen auf unsere Vorhuten.

Das Schicksal Deutsch-Oesterreichs.

In der Besprechung des Abfalls der deutschen Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Oester-

reich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slowenischen und romanischen Nationen in Oesterreich an und nehmen dasselbe Recht für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch. Sie anerkennen das Recht der slowenischen Nation, ihren eigenen nationalen Staat zu bilden, lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diesen nationalen Staat ab. Sie verlangen daß alle deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs und zu dem Deutschen Reich nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll. Wir sind bereit, mit den Vertretern des tschechischen und slowenischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umbildung in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Lehnen die Vertreter der slowenischen Parteien diese Verhandlungen ab, so erklären wir, daß sich das deutsche Volk Oesterreichs mit allen Mitteln wehren wird, daß die staatsrechtliche Stellung eines seiner Teile über ihre Köpfe hinweg durch Staatsgewalt oder durch das Schwert eines fremden Eroberers bestimmt wird. Einen solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Oesterreich sein unbedingtes Selbstbestimmungsrecht fordern und es mit allen Mitteln verteidigen. Die Deutschnationalen, von denen ein Teil sich ablehnend verhält, u. die Christlichsozialen werden über die Entschließung beraten, die großen Aussicht auf Annahme hat.

Allgemein wird, wie der Wiener Korrespondent der „Post. Ztg.“ meldet, die höchste Bedeutung dieser deutschen Aktion anerkannt. Sie hat auch auf die tschechischen Parteien großen Eindruck gemacht.

Die preussische Verfassungsänderung.

Berlin, 5. Okt. Der Wahlrechtsausschuß des Herrenhauses beendete heute die erste Lesung aller drei Verfassungsvorlagen. Die zweite Lesung soll am Donnerstag, 10. Oktober, beginnen.

Die Präsidate der Staatssekretäre.

Berlin, 5. Okt. Der Kaiser richtete, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, folgenden Erlass an den Reichskanzler: In Erweiterung meines Erlasses vom 27. 4. 1889 bestimme ich, daß sämtliche Staatssekretäre für die Dauer ihres Amtes das Präsidat Exzellenz führen sollen.

Großes Hauptquartier, den 4. Oktober 1918.
Wilhelm I. R. v. Payer.

Wichtige Beratungen in Paris.

Genf, 5. Okt. Dem „Journal des Debats“ wird aus London gemeldet: Die Mächte dürfen die englische Note an Oesterreich vorläufig nicht veröffentlichen. Die Öffentlichkeit erwartet, daß sie den ersten Schritt zu einer Aussprache mit dem Feinde darstellt.

Nach in Zürich vorliegenden Pariser Telegrammen finden seit Freitag früh in Paris Beratungen und wichtige Konferenzen statt.

Wilson's fünf Punkte.

Genf, 5. Okt. Der „Gerald“ meldet aus New-York, der Senat habe einstimmig die neuen fünf Punkte Wilsons als geeignet zu jeder Art von Friedensbesprechungen erklärt.

Wilson und die österreichisch-ungarische Note.

Lugano, 5. Okt. Dem „Corriere della Sera“ wird aus New-York gemeldet: Präsident Wilson wird am 14. Oktober im Senat sprechen und nochmals auf die österreichisch-ungarische Note eingehen, um sich nicht jede Möglichkeit zu nehmen, den Weg zu einem Frieden angebahnt zu haben. Nach einer Erklärung Randolphs im Senatsausschuß ist die Voraussetzung einer Verhandlung mit dem Feinde, daß keiner der Männer in der Leitung eines Staates mehr fikt, die den Krieg mitverschuldet haben.

Regelung der Offizien.

Berlin, 5. Okt. Deutschland beschäftigt, die Note der Sowjet-Regierung eine Antwort zu geben, die die Regelung der Offizien in der kommenden allgemeinen Konferenz überweist.

* Verkehr mit Rußland. Der Bundesrat hat mit Wirkung vom 1. Oktober den Fabrikverkaufspreis für Rohzucker auf 27,50 Mark, den Fabrikverkaufspreis für Verbrauchszucker auf 42,30 Mark für den Zentner festgesetzt. Die Preissteigerung war mit Rücksicht auf die im Frühjahr erfolgte Erhöhung des Rohzuckerpreises und die Steigerung der Kosten für Löhne, Kohlen und andere Betriebsmittel erforderlich. Der für den unmittelbaren Bedarf der Bevölkerung bestimmte Zucker wird wie im Vorjahre im Wege des sogenannten Preisausgleichs um 6 Mark für den Zentner im Preise ermäßigt. Für den Großhandel ist an Stelle des bisherigen prozentualen Aufschlages von 4 bis 7 Prozent zum Verbrauchsverkaufspreis ein fester Zuschlag von 2,30 Mark vorgesehen, der unter besonderen Umständen auf 3,45 Mark erhöht werden kann. Die Zuschläge für den Kleinhandel werden von den Kommunalverbänden festgesetzt.

Ein Friedensschritt des neuen Reichskanzlers.

W. Berlin, 5. Okt. Der Reichskanzler teilte in seiner heutigen Reichstagsrede mit, daß er in der Nacht zum 5. Okt. an den Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet habe, in der er ihn bittet, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note treffe schon heute oder morgen in Washington ein.

Die deutsche Note an Wilson.

W. Berlin, 5. Okt. Die durch Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen.

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongress-Resolution vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, Wasser u. in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden.

Die Wiener Note.

W. Wien, 5. Okt. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm ist gestern vom Minister des Auswärtigen beauftragt worden, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. dieses folgende Depesche an den Präsidenten Wilson gelangen zu lassen:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg selbst nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrag heran, mit ihm und seinen Verbündeten sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welche die vierzehn Punkte der Resolution des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongress vom 8. Januar 1918 und die vier in der Rede des Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.

Die Türkei.

W. Basel, 5. Okt. Wie der Reichskanzler in seiner Rede bereits angekündigt hat, steht die Türkei im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.

Ein Erlass des Kaisers an Heer und Marine.

W. Berlin, 5. Okt. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat nachstehenden Erlass an das deutsche Heer und die deutsche Marine erlassen:

An das deutsche Heer und die deutsche Marine! Seit Monaten führt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen unsere Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müht ihr euch auszuhalten und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die euch gestellt ist und die ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft das Vaterland. Dort ist der Stand Meiner Flotte, um sich den ver-

Berlin, 5. Okt.

Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit der geschäftlichen Mitteilung von der Ernennung des neuen Räumlers und führt dann aus:

gelingen ist, ist es durchzuführen, zu hoffen wird die
 Forderung und feste Überzeugung, daß es ihm auch in Zu-
 kunft nicht gelingen wird, dieser Schwärze Herr zu
 werden. (Lebhaftes Bräu.) Den tapferen Krieger
 gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. Im
 Osten haben die Armeen unserer Verbündeten der
 Türkei und Bulgariens, jüngerer Niederlagen er-
 litten. Bulgarien ist aus dem Vordach abgetrieben
 und hat einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern

Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung an ihrer Spitze als Kämpfer der Geringfügigkeit von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badischen Volke, auf dem Präsidentenstuhl dem Spruch des badischen Fürstenhauses auf dem Rangplatz besonders warm die himmlische Gütlichkeit der Gerechtigkeit und Freundschaft spreche. Im Namen Baden hat der Kaiser unsere neuen Reichsgesetze das Wort gesprochen, daß er seinen Gegensatz keine zwischen Fürsten- und Volkerecht, und in einem anderen deutschen Staate ist der gleiche Gedanke in die Worte gesagt worden, daß der Oberste im Staate kein erster Diener sein wolle. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme im Volk und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!) Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die großen Taten der Vergangenheit dieser neuen Zeit kritisch, ätzend, sogar ablehnend gegenübersehen. Von den Leistungen dieser neuen Zeit erhoffen wir eine verschwundene und ständige Wirkung. (Bravo!) Ihre Geburtsstätte ist geheiligt durch Baden auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben, auf den heimischen Arbeitsstätten, wo jeder Deutsche ohne Unterschied alles Gut und Blut dorthin setzt für des Vaterlandes Wohl. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme von Mittheilungen des Reichsanwalters. Ich erteile dem Herrn Reichsanwalt das Wort.

Gemäß dem kaiserlichen Erlos vom 30. September hat das Deutsche Reich ein grundlegendes Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des am sein Vaterland aus höchste verdienenden Grafen von Hertling ist ich vom Sr. Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstag ohne Verzug von der Öffentlichkeit die Grundergründe darlege, nach denen ich mein verantwortungsvolles Amt zu führen gedenke. Diese Grundergründe sind, bevor ich mich zu der Übernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einkommen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Reichthelpenpartien dieses hohen Hauses besprochen worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das der weitverbreitenden Teile der deutschen Volksgemeinschaft, als der deutschen Nation, die den Reichstag als Organ des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengestellt hat. Die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Hauses hinter mir wech, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren u. ersten Zeit die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schalten eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt.

Das Programm der Reichsteilnahmepartei, auf die ich mich beziehe, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Vatikans vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschliessung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es befürwortet ferner die Vereinigung mit sich einem allgemeinen Grunde der Silber auf Grund der Geldüberfülle aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge
mit das Programm zu einem Hinderniß für einen all-
gemeinen Friedensstich werden lassen. Es strebt in-
besondere an, daß sich in den künftigen Kriegen, in
denen u. T. alsbald auf breiter Grundlage Ver-
träge eingeleitet werden. Das Zustandekommen der
sich möglichen Verhandlungen mögen wir ohne Verzug

Reine Dummheit! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Weisheitslehre unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Eingliederung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht ruht auf dem Reichstag, und die nicht mit ihm fürwende Männer einnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerstückelte Vorwissen hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, einflussreichen Vorwissen aus Durchführung zu bringen. Weisheitsbildung heißt vollständige Wissensbildung, und unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, die Schicksale des Volkes von sich aus zu bestimmen.

Meine Herren! Bleiben wir eingehend bei der Rede der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind auch Deutsche (Weiß!). Unter dem Reichs dieses Kaiserwortes muß auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Bayern vollziehen und die Positionen des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht verproben, müssen schnell und reiflich erfüllt werden. Die preussische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Zustimmung), und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel nachschließen folgen werden. (Beifall.) Dabei halte ich unerlässlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundes, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge, treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat, mit seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unbeschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volks während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich Klagen durchgezogen über die Handhabung des Belagerungsrechts.

Sie haben trennend und verblettend gewirkt und die freudige Mitarbeit an den kaiserlichen Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Wo auf Weisungen können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Vorkriegsbeschlüsse nicht aufrecht erhalten werden, die der Selbsterhaltungszweck verleiht, aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, also in allen nicht sehr militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Sanität, des Verkehrs und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbefehle inwieweit zur Geltung kommen, und daß die Entscheidung letzten Endes unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers geteilt wird. (Beifall.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbehörden ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unermäßig entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 1. September 1918, dem Tage des Gestirns, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte. Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist dem entscheidenden Lebenslauf für die Frage über Krieg und Frieden, Die Staatssicherheit, die die Regierung in ihren Weltverhältnissen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde sehen, daß deutsche Volk sich geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Weisall.)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Vertragsvorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Beifall), die die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gewissen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Wohlstand sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den nächstbestmöglichen Tag der Arbeiterversammlungen, wie der Unternehmer, Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für die Tödt mit allen Kräften bemühen. (Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebende Feind werde ich mich in anderer Weise fürstend annehmen.

Meine Damen! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsformen aussticht. Noch näher auf Einzelheiten einzugehen, halte ich heute nicht für angebracht. (Bewegung.) Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Hoffnung über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwachen Einzelstufen stellt. Ich bin auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Saat, die sie gesäet, und aus der Pflanzung

der Hage, die nie verblasst, und aus der ausdauernd
thür ihrer vollstänigen Grundzüge aus dieser Hage
gezogen hat. Weder als vier Jahre des blutigen Ringens
gegen eine Welt von größtmöglich überlegenen Feinden
liegen hinter uns: Jahre voll schwerer Kämpfe und
schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt sein
Kreuz, mit allzuvielen sogar noch offene Wunden —
sei es im verborgenen Grunde der Seele, oder in sei-
nem offenkundig für die deutsche Freiheit auf dem
Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trosthem aber
sind wir, starken Hergens und stolzen unverwundlichen
Glaubens in unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre
und Freiheit und für das Glück unserer Rastkommen
auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das un-
bedingt ist. (Sehhafter Beifall.) Mit tiefer, hehrer
Dankbarkeit denken wir unserer tapferen Trup-
pen, die unter glänzender Führung während des gan-
zen Kriegs fast übermenschliches geleistet haben, und
deren bisherige Thaten schon verbleiben, doch unser aller
Schicksal aus fernem in guter, unverwundlicher Handen
ihnen liegt. Im Westen steht fest: Wenigen eine ein-
zige turnhöher, menschenmordende Schlacht. Dort dem
unvergleichlichen Heldenmuth unserer Krieger, das als
unvergleichliches Ruhmesthät in der Geschichte des
deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten. In die
Front ungedrungen. Dieses hohe Bewusstsein
läßt uns mit Überkraft in die Zukunft sehen.

Gelächst auf das Ginsterbündel aller dazu berufenen
Stellen im Reich und auf die Zustimmung der ge-
meinsam mit uns Handelnden Bundesge-
nossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch

Die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Anwesenheit vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Anwesenheiten, besonders auch in seiner Kirowster Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt, das mir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erzielung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt, seit Jahren unter dem Krieg leidenden Menschheit aus diesem getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der feste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. So sehr ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Klagebedürfnisse fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der ersten Annäherung entgegen sehe, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternehmen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen wird, ich weiß, daß der Deutschland fest entschlossen und einmütig stehen wird sowohl zu einem reiblichen Frieden, der jede eigensfähige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Kampfe auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Kein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses große Ereigniß eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der geistlichen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nicht weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot zu aufnehmen, wie wir es meinen. Dann wäre die Thür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Wests und der Vereinigung sowohl für uns als für unsere Gegner geöffnet.

(Lebhafter Beifall des ganzen Hauses. Zwischenrufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)
Nach der Rede des Reichspräsidenten schlug Präsident Fehrenbach Vertagung des Reichstags vor. Dem widersprachen Haase (Unabh. Soz.) und Senda (Volc). Ebert (Id.) unterbricht den Antrag des Präsidenten. Daraus wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und Völkens die Vertagung beschlossen.

Die Times hat recht.

224. Berlin, 5. Okt. Die Times schreibt: Die Dinge liegen, in der silderstigen Weg zur Be-
giegung der Unterseeboote der Reuban vo
Schiffen, und das ist unglücklichweise der
Weg, auf dem unsre Fortschritte ordnender am
wenigsten befriedigend sind. Man kann es nicht
zu oft und zu deutlich wiederholen, daß, noch auch
immer die Verbundmächte in ihrer Gesamtheit
tun, der Schiffenbau unseres Landes noch ein
langes Weßfüß hinter dem Maße, in dem
dem Feind aersöhrt, zuruckbleibt. Solange
nicht dieses Rennen zu unsern Gunsten
entschieden ist, nimmt die Seemacht unseres
Landes ab.

22. Bern, 3. Okt. Als Opfer eines Unterseebootes zählt die erst jetzt eingetroffene Chicagoer Daily Tribune vom 20. Juli u. a. den englischen Dampfer Glyna von 6397 Bto. auf, der am 23. Mai im Mittelmeer ohne Menschenverluste versenkt wurde.

BB. Berlin, 4. Okt. Der Transocean-Gesellschaft geht aus Sofia unterm 2. Oktober folgende Meldung zu:

Ausgerien's Waffenstillstand ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Tobranje. Ueber die Friedensbedingungen verläuft folgendes:

1. Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf eine, nach anderen Mitteilungen zwei Divisionen. Die weislich der Meridian von Stope befindlichen bulgarischen Truppen werden in Kriegsgefangenschaft überführt.

2. Räumung aller seit 1915 befehlten fremden Gebiete, doch erhält Bulgarien vorläufiglich die Dobrudscha bis Rabinin. Die mozedonische Frage bleibt offen bis zu dem allgemeinen Friedenskongress.

4. Die Unverletzlichkeit Altbu-
gariens wird garantiert, ebenso seine Sou-
veränität.

Gründung eines litauischen Bauernvereins.
 WM. Berlin, 5. Okt. Der Reichstagsabg.
 Dr. Baiden, bereit gegenwärtig Litauen,
 am im Einverständniß mit der deutschen
 Reichsregierung leitende Kreise der litauischen Be-
 völkerung für die Gründung eines litauischen
 Bauernvereins nach dem Muster der deutschen
 Bauernvereine, sowie für den Gedanken der Er-
 werbs- und ^{Land}Wirtschaftsgenossenschaften zu gewin-
 nen. Besonders auch in der Richtung, daß geeignete
 Personen auszuwählen werden sollen, welche
 nach Deutschland reisen um hier die annähernd

Freivole Börſen-Gerüchte.

BSA, Berlin, 5. Okt. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Die Wölfe spielen in diesen Tagen eine geradezu erbärmliche Rolle, deren Folgen des Urtums über sie auf Jahrzehnte hinaus beeinflussen werden. Namentlich was in der Wallstraße und von der Wallstraße aus über die militärische Lage verbreitet wird, ist nichts als frivole Erfindung zu gewinnlüstigen Zwecken. So ist es namentlich nicht wahr, daß dem Feind im Westen ein Durchbruch gelungen ist; nicht wahr, daß unsere Front im Abbröckeln begriffen ist; nicht wahr, daß Ludendorff seinen Wicked erbeuten habe.

Berlin, 4. Okt. Am 1. Oktober wurde, wie wir erfahren, der Kommandeur der deutschen Feldpolizei in Warschau, Fr. Schulze, auf offener Straße, als er sich in sein Büro begeben wollte, von zwei bisher unbekannt gebliebenen Männern durch zwei Revolverschüsse in den Hals getödtet. Aufsehnend handelt es sich um einen Raubmord.

An der offiziellen Mitteilung über die Ernennung des Reichsfanzlers fällt auf, daß der neue Kanzler nicht gleichzeitig preussischer Ministerpräsident geworden ist. Man nimmt an, daß die beiden Aemter getrennt werden sollen, und das „Tagblatt“ meint, daß in diesem Fall vielleicht Herr Dr. Friedberg das preussische Ministerpräsidium übernehmen werde.

Auch der Verl. Lofalang bezeichnet als die größte Ueberrückung der amtlichen Veröffentlichung über die neue Regierung, daß Prinz Rag zwar zum Reichszangler und preussischen Minister des Auswärtigen, nicht aber auch zum preuss. Ministerpräsidenten ernannt worden ist.

BB. München, 4. Okt. Laut „Münchener N. Nachrichten“ wird die Vermählung des Kronprinzen Rupprecht mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg Mitte November stattfinden.

* München, 5. Okt. Die Vermählung des Thronfolgers Brinzin Rupprecht soll Mitte November auf Schloß Hohenburg bei Tölz stattfinden, wohin die großherzoglich luxemburgische Familie Anfang November übersiedelt.

* München, 5. Okt. Der Kultusminister Muller betriet in Berlin mit Vertretern anderer Bundesstaaten über die Frage des Ausländerstudiums an deutschen Hochschulen. Hier herrscht die Ansicht vor, Ausländer seien nicht ganz ausnahmslos, aber bei ihrer Auswahl sei größere Vorsicht geboten. Deutsche Studenten seien unter allen Umständen zu bevorzugen.

III. Ein nationalliberaler Beamtenantrag. Die Abgg. Fuhrmann, Dr. Goltzsch, Dr. Ludwig und Dr. Schröder haben mit Unterstützung der gesamten nationalliberalen Fraktion im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der analog dem vom Abg. von Herdebrand schon eingebrachten Antrag, Vergütungsgulagen für Staatsbeamte, Geistliche Lehrer und auf Privatdienstvertrag Angestellte höherer Ordnung zur Abbildung eingegangener Verbindlichkeiten und Beschaffung der allernotwendigsten Kleidungsstücke wünscht, die auch den im Ansehung lebenden gewährt wird.

1) (Strinbach, B. Odt. Kanonier Jakob Reuch-
tinger wurde mit dem Eisernen Kreuze 2. Klasse
ausgezeichnet.

* Bitterburg, 6. Okt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, um den Mangel an Kleingeld zu beheben, die Beschaffung von Kriegsgeld in Höhe von 20 000 Mark.

* Selter, G. Ost. Ihre goldene Hochzeit feierten heute die Eheleute Karl und Katharina Schneider. Herr Schneider steht über 36 Jahre als Bürgermeister an der Spitze unserer Gemeinde.

* **Denklich** (Hefnerwald), 6. Okt. Der Ehrwürdigen Mutter, Schwester M. Firmata (geb. M. Christine Fasbender), Generaloberin der armen Dienstmägde Jesu Christi, wurde vom Großmeister des Malteiser-Ordens das Brustkreuz des Verdienstkreuzes des souveränen Malteiser-Mutter-Ordens mit dem Bande der Kriegsdekoration verliehen.

* Niederrhausen, 6. Okt. Am Freitag Abend starb nach kurzer Krankheit an Rippenfellentzündung unser verehrter, hochverdienster Schullehrer Herr Johann Haupt, im Alter von 82 Jahren. Ein Volksschullehrer im besten und schönsten Sinne des Wortes, ein Freund der Jugend und des Volkes, ein aufrechter katholischer Mann ist mit dem Verstorbenen dahingeeuogen. Sein allzu früher

Zod wird allgemeine Theilnahme erregen. — Hauptlehrer Haupt wirkte als Lehrer in Sundsangen, Lipporn, Røstert und Nieredbaugen zusammen über 40 Jahre. Während des Krieges verfehrt er neben seinem Amte noch die Geschäfte eines Gemeinderathsmanns und des Stodesamtes in Nieredbaugen. Die Beerdigung ist am Montag früh um 10 Uhr in Frieden!

* Oberlehrerin, 6. Oktober. Die vakante Stelle des katholischen Direktors ist wieder besetzt worden. Und zwar wurde dieses Amt dem Herrn Lehrer Ruckes übertragen, der sich um die Verbesserung der Schule sehr verdient gemacht hat.

* Eltsville, 6. Okt. Die Seifellerei Matheus Müller zeichnete zur 9. Kriegsanleihe eine Million Mark.

Damen hiesiger Stadt, welche sich seit vielen Jahren auf dem Gebiete der Caritas sehr verdient gemacht haben, das Kreuz pro ecclesia et pontifice (für Kirche und Papst) als Anerkennung erhalten. Es gab drei Damen, welche

Alte, die Vorstände des kathol. Wiedergutmachungsvereins, Frau Clara Kreuzberg, die Vorstände des kathol. Frauenbundes und Frau Dr. Seifrich, die Leiterin des Monistadels. Die Ueberzeugung geschloß durch Herrn Geistl. Rat. Stadtpfarrer Hüb.

